

Pastorenausschuss der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers, Stellungnahme zum EKD-Impulspapier vom Juli 2006: „Kirche der Freiheit – Perspektiven für die Evangelische Kirche im 21. Jahrhundert“

Grundsätzlich begrüßt der Pastorenausschuss den Versuch der Kirchenleitung, nach ihrer plausiblen Analyse der kirchlichen Lage zwölf Handlungsziele für das Jahr 2030 zu entwerfen.

1 Für uneingeschränkt zustimmungsfähig hält der PA folgende EKD-Vorschläge:

Wachstumsperspektive statt Defätismus. Lobenswert ist, dass die Kirchenleitung selbst vollzieht, wofür ihr Impulspapier wirbt: einen deutlichen Mentalitätswandel! Der offensichtlichen Relevanzkrise der Kirche wird nicht mehr ein kirchenleitender Minimierungsfatalismus, sondern vielmehr ein mutiger Zukunftsentwurf vom „Wachsen gegen den Trend“ entgegen gestellt. Gerade angesichts verminderter Mitgliederzahlen und geschrumpfter Finanzen kann es gut motivierend wirken, wünschenswerte „Wachstumsziele“ anzupeilen, wenn auch die geplanten „Wachstumswege“ noch kritisch zu besprechen sind, wozu die EKD ja selbst einlädt. Dieser kirchenleitende Mentalitätswechsel ist auch in den weiteren fünf positiven Aspekten besonders gut erkennbar.

- 1.1 Wiederentdeckung der Schlüssel- und Leitungsfunktion des Pfarramtes: Wie schon der hannoversche Perspektiv-Ausschuss vor ihr entdeckt und benennt auch die EKD-Kirchenleitung wieder die Schlüsselfunktion des Pfarramtes mit seiner klaren Leitungsaufgabe für die Zukunftsgestaltung der Kirche. Damit reagiert die EKD zu Recht auf die seit Jahrzehnten immer wieder demoskopisch bestätigte zentrale Bedeutung pastoraler Arbeit für Gemeinden und Gesellschaft.
- 1.2 Unterproportionale Pfarrstellenkürzung bis 2030: Das EKD-Impulspapier schlägt eine unterproportionale Kürzung der Pfarrstellen bis 2030 vor. Nach Auffassung des PA müssen dabei jedoch vorrangig Gemeindepfarrstellen erhalten bleiben, wie dies die hannoversche Landeskirche auch vorsieht.
- 1.3 Anerkennung der hohen Bedeutung der Kasualien („Kernangebote“): Endlich anerkennt auch die Kirchenleitung wieder die für kirchliche Bindung und Beheimatung konstitutive Bedeutung kirchlicher Kernangebote, insbesondere der Kasualien, vor allem für die 70 bis 80 Prozent kirchlich Distanzierten der Gemeindeglieder.
- 1.4 Zusammenschluss der bisherigen 23 zu etwa 8 Landeskirchen: Es leuchtet unmittelbar ein, dass die vorgeschlagene Vereinigung kleinerer Landeskirchen auf mittlere Sicht nicht nur erheblich Kosten spart, sondern auch die besonderen geistlichen Gaben jeder Einzelkirche im Verbund zu höherer Wirkung als in der bisherigen landeskirchlichen Vereinzelung bringen könnte. Dies gelingt natürlich nur, wenn die einzelnen Gemeinden und Kirchenkreise auch in der größeren kirchlichen Einheit ihre gewachsene Identität bewahren und den Kirchengliedern, insbesondere den „kirchentreuen Kirchenfernen“ mit ihrem dringenden Wunsch nach pastoral-seelsorgerlicher Lebensbegleitung durch Kasualien, weiterhin kirchliche Beheimatung bieten.
- 1.5 „Good-Practice“-Modelle als nachahmenswerte Beispiele kirchlichen Handelns: Es ist ein begrüßenswerter Mentalitätswandel, dass kirchliche Zukunft nun nicht mehr durch immer wieder neue theoretische Vorgaben und konsistoriale Setzungen, sondern im Sinne des „Good-Practice“-Prinzipes vor allem durch klare

Identifizierung und sinnvolle Übertragung von gelingenden Modellen kirchlichen Handelns gestaltet werden soll.

- 2 An der Bearbeitung dieser fünf zukunftsfähigen Aspekte sollte sich die PastorenInnenschaft intensiv beteiligen.

Doch damit dies sinnvoll geschehen kann, sind u.a. folgende acht EKD-Perspektiven zu kritisieren, die einen kirchenleitenden Mentalitätswandel noch vermissen lassen.

- 2.1 Ausblendung des sehr positiven PastorInnenbildes der Kirchenglieder: Sehr verwundert fragen wir uns, warum die EKD-Kirchenleitung bei ihrem positiven pastoralen „Zukunftsbild“ das eindrucksvolle ‚Gegenwartsbild‘ ausblendet, das nach den EKD-Studien von 1972 bis 2002 die überwältigende Mehrheit der Kirchenglieder von den PfarrerInnen zeichnet. Danach betrifft die gegenwärtige Relevanzkrise der Kirche PfarrerInnen jedenfalls nicht! Sie haben in Kirche und Gesellschaft weiterhin ein sehr gutes Image. Für die Kirchenglieder sind sie: a) Hauptadressaten ihrer Erwartungen an kirchliche Arbeit, (b) wichtigste kirchliche Sympathieträger, (c) wesentliche Garanten für die kirchlich-religiöse Sozialisation, (d) bekannte und anerkannte Repräsentanten der Gemeinden.

- a. Kirchenglieder erwarten vor allem pastorale Arbeit: Etwa 80 Prozent der Kirchenglieder sind in der Kirche, weil sie dort vorrangig pastorale Arbeit erwarten wie u.a. kasuale Lebensbegleitung (79 Prozent), kirchliche Sorge um Menschen in sozialer Not (von 75 Prozent ausdrücklich PastorInnen zugeschrieben!), Verkündigung der christlichen Botschaft (73 Prozent).

- b. PfarrerInnen sind wichtige kirchliche Sympathieträger: 92 Prozent der Kirchenglieder, die bereits einen persönlichen Kontakt mit einer PastorIn hatten (immerhin 54 Prozent), haben dabei einen guten und sehr guten Eindruck erhalten, 0 Prozent einen schlechten. Dieser hohe Sympathiewert strahlt noch weit in die Gesellschaft hinein und verschafft PastorInnen mit 39 Prozent im Berufs-Ranking den 2. Platz, zwar nach den Ärzten (76 Prozent), doch noch weit vor Hochschullehrern, Richtern, Managern u.a., die im klaren Abstand mit ca. 18 Prozent und weniger folgen. Wiederum ist schwer verständlich, warum das EKD-Impulspapier die PastorInnen lediglich einer beruflichen „Spitzengruppe“ zuordnen will, statt ihre nun wirklich herausragende gesellschaftliche Stellung offen – und hoffentlich auch erfreut – zu benennen.

Diese sehr positiven gemeindlichen Erfahrungen in der persönlichen Begegnung mit PfarrerInnen zeigen übrigens auch, dass es gerade für den Bestand kirchlicher Organisation zwingend notwendig ist, jeder PfarrerIn nur so viele Gemeindeglieder zuzuweisen, wie sie durch ihre zeitintensive und nicht rationalisierbare, aber wirkungsvolle professionell-pastorale Beziehungsarbeit innerhalb eines bestimmten Zeitraumes persönlich erreichen kann.

- c. PastorInnen sind wichtige Garanten kirchlich-religiöser Sozialisation: Nach Eltern (83 Prozent) und Großeltern (70 Prozent) sind PastorInnen für 60 Prozent der Kirchenglieder die wichtigsten Personen für die kirchlich-religiöse Sozialisation. Sie stehen also an erster Stelle der „Fremdpersonen“ weit vor LehrerInnen (33 Prozent) oder

Jugendgruppen-LeiterInnen (26 Prozent). Für die kirchlich-religiöse Sozialisation der Kirchenglieder stimmt darum gerade nicht, was das EKD-Papier auf S.64 behauptet: „Ein überzeugender Pfarrer oder eine überzeugende Pfarrerin sind ebenso bedeutsam wie eine glaubwürdige Erzieherin...“

Eine außerordentlich geringe kirchlich-religiöse Sozialisationsbedeutung haben nach Angaben der Kirchenglieder medial vermittelte Einflüsse wie Internet (1 Prozent), Radio und Fernsehen (7 Prozent), bekannte Persönlichkeiten (10 Prozent), Bücher und Zeitschriften (20 Prozent). Diese wichtige Erkenntnis sollte auch dazu beitragen, die Wirkung kirchlicher Öffentlichkeitsarbeit realistischer zu beurteilen und der leider oft – selbst im EKD-Papier – wiederholten Behauptung zu widersprechen, viele Menschen fänden heute ihr Verhältnis zur Kirche vorrangig über mediale Vermittlungen.

- d. PastorInnen sind bekannte und anerkannte Repräsentanten ihrer Gemeinden: Durchschnittlich 85 Prozent der Gemeindeglieder kennen ihre PastorIn, selbst in einer Großstadt wie München sind das noch 69 Prozent, wie die Umfragen des „Münchener McKinsey-Projektes“ ergaben. Auf dem Lande sind es mindestens 90 Prozent, wie das nordelbische „Eckernfördeprogramm“ herausfand. Denn normalerweise kennt in den Dörfern sogar die gesamte Einwohnerschaft „ihre“ evangelische PastorIn.

Dieses ungewöhnlich gute Image der PastorInnenschaft als Haupterwartungs- und Sympathieträger, als Sozialisationsgaranten und Gemeinderepräsentanten motiviert die klare Mehrheit der Kirchenglieder (und Kirchensteuerzahler) zu einem eindringlichen Plädoyer für eine „gemeindlich-pastorale Betreuungskirche“, in der die persönliche Begegnung mit PastorInnen keineswegs jederzeit, überall und für alle, wohl aber in Notsituationen und an allen existenziell wichtigen Punkten des Jahreskreises und Lebenslaufes gezielt erwartet wird.

Eine Beteiligungskirche“, wie sie sich auch das Impulspapier so sehnlich wünscht, wird dagegen mit großer Mehrheit ausdrücklich abgelehnt: 64 Prozent der Kirchenmitglieder im Westen (55 Prozent im Osten) beteiligen sich dezidiert nicht an den sonntäglichen Gottesdiensten, den wöchentlichen Gruppen und Kreisen oder den jährlichen Gemeinde-Events. Die Ablehnung jeder aktiven Mitarbeit ist noch viel stärker: nur ca. 4 Prozent der Kirchenglieder arbeiten ehrenamtlich mit.

Hieraus darf jedoch keinesfalls auf ein grundsätzliches Desinteresse an kirchlicher Tätigkeit geschlossen werden: Das ist die übereinstimmende Botschaft der EKD-Mitgliedschafts-Befragungen von 1972 bis 2002. Ganz im Gegenteil: in einer Gesellschaft, in der immer mehr persönliche Begegnungsfelder wegrationalisiert und viele Beziehungen nur noch medial oder kommerziell vermittelt werden, erwarten die Mitglieder von ihrer Kirche weiterhin direkte persönliche und professionell verlässliche Begegnungen durch GemeindepastorInnen, die sie dann auch mit ihren Kirchensteuern gern finanzieren wollen.

Darum sollte gerade eine um den organisatorischen Weiterbestand der EKD so besorgte Kirchenleitung auch für das Jahr 2030 noch die gute pastorale

Versorgung der Gemeindeglieder finanziell absichern wollen und darüber hinaus sich glücklich schätzen, dass die PastorInnenschaft – so die entsprechenden Befragungsergebnisse – die große Herausforderung einer umfassenden professionell-pastoralen Betreuung tatsächlich übernimmt und sich dabei auch von den haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen ihrer Gemeinden tatkräftig unterstützt sieht, wenn pfarramtliche Seelsorge und Verkündigung, vor allem in der großen Kasualgemeinde, die befreiende Botschaft von Gott, dem Schöpfer, Erlöser und Heiliger allen Lebens, ausnahmslos allen Kirchengliedern auf ihrem beschwerlichen Lebensweg immer wieder von Neuem heilsam und heilend versprechen.

2.2 Das negative PastorInnenbild der Kirchenleitung:

Nach einigen obligaten Bemerkungen der Wertschätzung attestiert das Impulspapier der PastorInnenschaft eine ‚geistliche und mentale Orientierungskrise‘, eine ‚separatistische‘ Selbst- und Gemeindebezogenheit bei fehlender Identifizierung mit der Gesamtkirche, eine „überzogene Autonomievorstellung“ etwa als „Bezirkspapst“ oder „eigener Bischof“, einen Mangel an professioneller Qualität und „ein Schwinden ihrer Amtsautorität“.

Wie kommt das Papier zu solch einem abwertenden Urteil, das nichts mehr von den sehr guten Erfahrungen der Kirchenglieder-Mehrheit erkennen lässt? Seite 50 des Impulspapier beantwortet diese Frage: Nach dem sog. „Bahngesetz“, ein verspäteter Zug verderbe das gute Image von fünfzig pünktlichen Zügen, entwickelt die Kirchenleitung offensichtlich aus solchen Einzelbeschwerden ihr Negativbild von PastorInnen und unterliegt dabei einer mehrfachen Perspektiv-Verzerrung: Denn die – individuell selbstverständlich ernstzunehmende – Kritik des einen Teilnehmers einer Trauerfeier besagt noch nichts über die – womöglich sehr positive – Einschätzung der übrigen 50, 100 oder 200 Besucher. Zudem bleibt völlig unbekannt, wie die vielleicht 2000 Teilnehmer der weiteren 49 Trauerfeiern im vergangenen Jahr die amtierende PastorIn erlebt haben, ganz zu schweigen von den Erfahrungen mit Trauerfeiern in den insgesamt 16.000 Kirchengemeinden der EKD im letzten Jahr.

Hier müsste die Kirchenleitung schon ihre eigenen repräsentativen Befragungsergebnisse zu Rate ziehen und auf das eindeutige Urteil der Kirchenglieder-Mehrheit schauen, die im Übrigen auch die Mehrheit der Kirchensteuerzahler bildet. Aus deren Sicht ist der EKD-Kirchenleitung nur dringend zu raten, sich auf keinen Fall von einer sehr kleinen, aber einflussreichen Gruppe kircheninterner PastorInnen-Kritiker – manchmal mit klar benennbarem Eigeninteresse – den unabhängigen Blick auf die hohen Sympathiewerte für pfarramtliche Arbeit verstellen zu lassen.

2.3 Soziologisch unzulässige Zuordnung von gestiegener Pastorenzahl zur verringerten Kirchenmitgliederzahl: Vermutlich wäre die Kirchenglieder-Mehrheit auch sehr erstaunt, zu hören, PastorInnen hätten – vielleicht weil zu gering qualifiziert – nichts zum Erhalt des Kirchenglieder-Bestandes beigetragen, da die gestiegene PastorInnen-Zahl den Rückgang der Kirchengliederzahl nicht verhindert habe. Dieses von der Kirchenleitung seit über zehn Jahren wiederholt strapazierte Argument sollte endlich aus dem Diskussionsverkehr gezogen werden, weil es mehrere Sachverhalte verzerrt. Unser hannoverscher PA hat das wiederholt angemahnt:

- a) Es ist soziologisch unzulässig, ohne eingehende Untersuchungen für einen so komplexen sozialen Vorgang wie z.B. die Entwicklung der Kirchengliederung nur eine Ursache zu unterstellen. (Sonst könnte man auch einmal umgekehrt fragen, wieviele Kirchenglieder wohl noch zusätzlich ausgetreten wären, hätte sich die Zahl der PastorInnen nicht derart erhöht.)
- b) Dbei lassen sich für die hannoversche Landeskirche für die letzten 50 Jahre (1954 bis 2004) interessante Zahlenverhältnisse benennen, die vermutlich auch für andere Landeskirchen in der EKD tendenziell gelten: Die Zahl der Kirchenglieder ist von 3,9 Mio. auf 3,1 Mio., d.h. um 20,5 Prozent gesunken. Die Zahl der GemeindepastorInnen liegt heute leicht unter dem Stand von 1954, die Zahl der übergemeindlichen PastorInnen ist um 400 Prozent gestiegen, von 76 auf 286. Die Zahl der MitarbeiterInnen ist um 600 Prozent gestiegen, von ca. 5.000 auf 30.000, darunter 6.000 in Kindertagesstätten; im Bereich der Vollzeit-Stellen beträgt die Steigerung über 400 Prozent, von ca. 1.700 auf ca. 7.000, davon 1.000 in Kindertagesstätten.
- c) Wenn also eine Erhöhung der Zahl der Mitarbeitenden für die Höhe der Kirchengliederzahl bedeutungslos sein soll, dann wäre doch zuerst zu fragen, wie sinnvoll für die kirchliche Organisation wohl die extreme Zahlenerhöhung übergemeindlicher Pfarrstellen, insbesondere aber der atemberaubende Anstieg von Mitarbeiterstellen bisher war. Erst danach wäre zu fragen, warum die Zahl der Gemeindepfarrstellen nicht parallel zur Zahl der Kirchenglieder um 20,5 Prozent gesunken ist. Dieser vergleichsweise bescheidene „Anstieg“ könnte allerdings mühelos mit den gestiegenen Anforderung an pastorale Gemeindeglieder in den vergangenen fünfzig Jahren erklärt werden. Darum ist es auch eine (im EKD-Papier mehrfach begegnende) falsche Gewichtung zulasten der PfarrerInnenschaft, wenn auf S.28 formuliert wird: „Obwohl die Zahl der Gemeindeglieder in den letzten dreißig Jahren um mehrere Millionen Menschen zurückgegangen ist, stieg die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, namentlich im Pfarrdienst, erheblich an.“
- d) Pikanterweise beklagt das EKD-Impulspapier – vermutlich auch mit Pastorenkritischer Absicht – den Rückgang der Kasualien in den Jahre von 1991 bis 2003. Doch hier kann man nun „den Spieß“ einmal „umdrehen“: Denn dies ist nahezu exakt der Zeitraum, in dem die meisten Gemeinde-Pfarrstellen gestrichen worden sind.

2.4 Unreflektierte Fortschreibung des Gerüchtes von der „milieuerengten Gemeinde“: Natürlich wiederholt das EKD-Papier gern das Gerücht von der „milieuerengten Gemeinde“, sollen doch nach dem Willen der Autoren bis 2030 nur noch die Hälfte dieser angeblich milieuerengten Ortsgemeinden nicht mehr existieren. Dabei wird erneut kirchenleitend verkannt, was für Gemeinden und Gesellschaft längst offensichtlich ist: Im Gegensatz zu den kirchlichen Diensten und Werken, zu City-, Tourismus- oder Akademiegemeinden, die stets nur bestimmte Zielgruppen ansprechen können, erreicht gerade die parochiale Ortsgemeinde durch ihre beiden größten Teilgemeinden im Veranstaltungs- und vor allem im Kasual-Bereich als einzige kirchliche Handlungseinheit wirklich alle Kirchenglieder und Kirchensteuerzahler und zudem noch weite Teile der Gesellschaft. Allenfalls die beiden kleinen parochialen Teilgemeinden des Gottesdienstes und der Gruppen könnten als „milieuerengt“ bewertet werden,

wenn man die Festgottesdienste übergeht. Erreicht werden alle Gemeindeglieder in erster Linie durch GemeindepastorInnen, die Zugang zu allen vier Teilgemeinden haben, insbesondere zu der Kasualgemeinde, der auch die 70 Prozent bis 80 Prozent kirchlich Distanzierten angehören. Freilich bezahlen die PastorInnen diesen Brücken- und Vermittlungsdienst mit 55 Arbeitsstunden wöchentlich und zahlreichen Konflikten.

Dennoch sind sie gern in ihren Gemeinden tätig, auch weil sie nahezu täglich in ihrer „Kasualgemeinde“ bestätigt erleben, dass „Stabilität und Zukunft der Volkskirche“ ganz wesentlich abhängt von „einer professionellen und damit zuverlässigen, seelsorgerlich sensiblen und theologisch kompetenten Begleitung in Krisensituationen, wie sie vor allem die Kasualien repräsentieren“. (Isolde Karle, Volkskirche ist Kasualien- und Pastorenkirche, in: Deutsches Pfarrerberblatt, 12/2004, S.626). Darum finanziert z.B. Kurhessen-Waldeck im erklärten Gegensatz zum EKD-Impulspapier weiterhin sein vergleichsweise dichtes Netz an Pfarrstellen, wie Bischof Prof. Dr. Hein am 7. August 2006 betonte.

- 2.5 Verschweigen der Personalkosten für MitarbeiterInnen in Höhe von 4,5 Mrd: In diesem Zusammenhang begegnet im EKD-Impulspapier eine weitere merkwürdige unterschwellige Argumentation: Die Personalkosten der 20.400 PastorInnen in der EKD werden mit 1,5 Milliarden Euro klar benannt und mit sorgenvoller Miene auf die Kirchensteuer in Höhe von 4 Mrd. Euro bezogen, ohne zu sagen, dass dies nur 15 Prozent der EKD-Gesamteinnahmen von ca. 10 Mrd. Euro sind. Doch die weitaus bedrohlichere Summe von 4,5 Mrd. Euro Personalkosten für die 233.000 MitarbeiterInnen bleibt unerwähnt. Ganz im Gegenteil: Die erdrückend große MitarbeiterInnen-Zahl wird rasch heruntergerechnet zu 150.000 Teilstellen, ohne Angabe des ungefähren Dienstumfangs (Teildienst beginnt ab einer Stunde unter der Vollzeit) und ohne Erwähnung der dann immer noch verbleibenden 83.000 Vollzeitstellen, doch mit beschwichtigendem Hinweis auf die zu 80 Prozent fremd-finanzierten KindergärtnerInnen, die allerdings nur ca. 20 Prozent der EKD-Mitarbeiterschaft ausmachen, was wiederum unerwähnt bleibt. An keiner Stelle nennt das EKD-Papier eine Planungszahl zur Reduktion von MitarbeiterInnen-Stellen bis 2030.

Verdanken sich diese Merkwürdigkeiten und die – im Gegensatz zur sublimen PastorInnen-Schelke – auffallend einfühlsame und wertschätzende Rede über MitarbeiterInnen vielleicht dem Umstand, dass auf EKD-Ebene wohl MitarbeiterInnen, nicht aber PastorInnen eine offizielle Vertretung haben?

- 2.6 Selbstreferenzielle Haltung der Kirchenleitung als Definitions- und als Verteilungsmacht:

Die aufgezeigten Argumentationsweisen belegen noch einmal eindrücklich, dass Kirchenleitung ihre eigene Definitions- und Verteilungsmacht weder offenlegen noch hinterfragen lassen will: Da wird ohne Beleg als „Erfolgsmodell“ gelobt, was die Kirchenleitung initiiert und teilweise sogar selbst durchgeführt hat: Maßnahmen der Personalentwicklung wie Jahresgespräche sowie Aus-, Fort- und Weiterbildung, „Profilgemeinden“, „Citygemeinden“, sog. „Kirchenzentren“ wie Berliner Dom, Dresdener Frauenkirche, Hamburger Michel u.a. mehr.

Da sollen aufgrund dieses Selbstlobes ohne jede Erfolgskontrolle die Finanzmittel für Ortsgemeinden halbiert, doch für kirchenleitende Lieblingsprojekte wie „Profilgemeinden“ und „netzwerkorientierte“ Akademie-, Tourismus- und Passantengemeinden nahezu verdoppelt oder sogar verfünffacht werden, obwohl

das EKD-Papier gleichzeitig die Parochie-Gemeinde als zentrale Grundlage kirchlich-religiöser Beheimatung, insbesondere durch die Kasualien, ausdrücklich anerkennt und auf die extrem wichtige Beziehungsarbeit der GemeindepastorInnen mahnend hinweist. Wir stimmen dem Vorsitzenden des Verbandes der Deutschen Pfarrvereine, Pastor Klaus Weber, ausdrücklich zu, wenn er diese abenteuerlichen Vorschläge als „Abschied von der Volkskirche“ entlarvt.

Wie deutlich die Kirchenleitung ihre Verteilungsmacht zu nutzen gedenkt, wird nicht zuletzt auch daran deutlich, dass zur Erarbeitung des 3. Arbeitsschrittes der vorgeschlagenen Themenagenda so eben einmal 3 Millionen Euro pro Jahr verlangt werden. Das ist der Geldwert von immerhin 45 Pfarrstellen für etwa anderthalb Kirchenkreise mit ca. 100.000 Gemeindegliedern!

- 2.7 Theologisch ungewichtetes betriebswirtschaftliches Denken: Das organisatorische Handeln der Kirche ist stets an Bibel und Bekenntnis zu messen. Darum muss auch ein betriebswirtschaftliches Denken, wie es das Impulspapier in vielen Teilen bestimmt, bei jedem seiner Gestaltungsschritte an der Evangeliumsbotschaft von der in Jesus Christus erschienenen Liebe Gottes zu uns Menschen überprüft werden. Nach dieser kritischen Prüfung könnte unsere Kirche dann jedoch Entscheidendes von moderner Betriebswirtschaft übernehmen wie z. B. ein transparentes Finanzsystem, das alle Einnahmen und Ausgaben für jedes Kirchenglied und jeden Entscheidungsberechtigten sofort nachvollziehbar darstellt; eine rationalere Gewichtung kirchlicher Ausgaben, so dass die Hauptausgaben für die Hauptaufgaben verwendet werden; eine kritische Kosten-Nutzen-Analyse aller gegenwärtig beliebten Vorhaben wie Fundraising, Stiftungen, Innovationsprojekte u.a. nach den Grundsätzen von Non-Profit-Organisationen; die erhebliche Reduktion der Verwaltung und anderer kirchlich sekundärer Bereiche.

Doch bei all diesem durchaus sinnvollen betriebswirtschaftlichen Bemühen darf das Handeln der Kirche in Seelsorge, Verkündigung, Unterweisung und Diakonie niemals zur organisatorisch opportunen „Mitgliederpflege“ und „Mitgliedergewinnung“ verkommen, sondern muss ein wunderbarer Weg für die Liebe Gottes zu den Menschen bleiben.

Auf überraschende Weise wird dann gewiss auch der notwendige organisatorische Bestand der Kirche bewahrt, wie dies schon heute an den in der ganzen volkswirtschaftlichen Breite arbeitenden Gemeinden mit ihren engagierten PastorInnen, hauptamtlichen MitarbeiterInnen und ihren zahlreichen ehrenamtlichen Gemeindegliedern erkennbar wird. Darum sollten wir auch das EKD-Impulspapier in Luthers gelassener Sicht lesen und weiter für unsere Kirche arbeiten, als ob alles Beten nichts nützt, und in ihr und mit ihr und für sie beten, als ob alles Arbeiten nichts bewirkt.

- 2.8 Ausschluss der PastorInnenschaft von Erstellung und Diskussion des EKD-Impulspapiers: Hier ist das Fehlen eines kirchenleitenden Mentalitätswandels am stärksten spürbar. Es scheint, als wolle die EKD-Kirchenleitung selbst bestätigen, was PastorInnen oft genug heftig beklagen: den „kommunikativen Graben“ zwischen ihnen und der Kirchenleitung. Denn es ist nun rational nicht mehr nachvollziehbar, wenn die Kirchenleitung der EKD von der Erstellung ihres Impulspapiers wie von seiner Bearbeitung auf dem Zukunftskongress in Wittenberg ausgerechnet jene kirchliche Dienstgruppe ausschließt, die gerade

nach kirchenleitender Erkenntnis von zentraler Bedeutung für die Zukunftsgestaltung der Kirche sein soll. Erfolgreich arbeitende Wirtschaftsbetriebe, die in dem Impulspapier ja immer wieder unterschwellig auch als organisatorische Vorbilder für die Kirche fungieren, arbeiten so gerade nicht. Sie beteiligen an betrieblichen Zukunftsprozessen umgehend ihre wichtigsten Leistungsträger, damit sie deren Motivation und vor allem deren Kompetenz nutzen. Es bleibt schlicht unverständlich, warum eine Kirchenleitung, die ihrerseits kaum über gegenwärtige gemeindlich-pastorale Erfahrungen verfügt, unter Ausblendung ihrer angeführten „Good-Practice“- Perspektive die umfangreichen, vielfältigen und für die Zukunftsgestaltung der Kirche dringend benötigten Erfahrungen, Kompetenzen und Ideen der PfarrerInnenenschaft nicht intensiv abrufen, sondern stattdessen zunächst einmal Hilfe bei Controllern und Qualitätsmanagern von McKinsey sucht! Eine solche kontraproduktive Missachtung eigener Experten und ihres Berufswissens ist im Bereich des modernen Staates und seiner Zivilgesellschaft nicht mehr vorstellbar: hier wirken Ärzte, Richter, Professoren, Lehrer und ihre verschiedenen Berufsverbände an jeder geplanten Umstrukturierung im Gesundheits-, Justiz-, Hochschul- oder Schulwesen selbstverständlich von Beginn an führend mit.

Ganz anders die Intention einer evangelischen Kirchenleitung, die zwar in anrührenden Worten für eine neue Kultur der Beteiligung in einer „Kirche der Freiheit“ wirbt, doch sich damit auf keinen Fall an ihre Pfarrerinnen und Pfarrer oder an die volksskirchliche Basis der nur noch zur Hälfte erwünschten Ortsgemeinden wendet, sondern ein Reformmodell bevorzugt, das bisher nur noch in der katholischen Kirche denkbar schien: ein herrschaftliches Top-Down, das schon weiß, was der Kirche gut tut!

- 3 Mit diesen kritischen Anmerkungen zum problematischen PastorInnen-Bild sowie zu einigen unhaltbaren Argumenten des EKD-Impulspapiers wollen wir nicht sein Grundanliegen verwerfen.

Wir möchten lediglich zu einer verbesserten Umsetzung anregen und bitten deshalb die EKD-Kirchenleitung, den Ausschluss der PastorInnen und ihrer VertreterInnen vom Wittenberger Zukunftskongress noch einmal ernsthaft zu überdenken. Alle PastorInnen unserer Landeskirche laden wir nachdrücklich dazu ein, genau das in den Diskussionsprozess einzubringen, wonach die EKD-Kirchenleitung nun verstärkt fragen will: unsere gemeindlich-pastoralen Erfahrungen einer „Good Practice“, wie sie in vielen Gemeinden nicht nur unserer Landeskirche längst anzutreffen ist. Eine gute Gelegenheit zum Vorstellen solcher „Good-Practice-Beispiele“ und zur weiteren kritischen Auseinandersetzung mit dem Impulspapier gibt uns der diesjährige „Hannoversche Pfarrertag“ vom 12. März 2007 in Hannover, Mühlenberg, wo sich Professorin Isolde Karle unter dem Thema: „Durch pastorale Arbeit Ortsgemeinde stärken“ auch mit den Thesen des EKD-Papiers auseinandersetzen wird.